

An die Vorsitzende des Rates
Frau Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

**SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Köln**

Rathaus, Spanischer Bau
50667 Köln

fon 0221. 221 259 50

fax 0221. 221 246 57

mail fraktion@koelnspd.de

web www.koelnspd.de

Eingang beim Büro der Oberbürgermeisterin: 11.02.2019

AN/0210/2019

Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	14.02.2019

Schwerer Verlust für den Wirtschafts- und Handelsstandort Köln durch Verlagerung der Kaufhof-Zentrale nach Essen: Ist die Standortpolitik der Oberbürgermeisterin gescheitert?

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die SPD-Fraktion bittet, folgende Anfrage in die Tagesordnung der Ratssitzung am 14.02.2019 aufzunehmen:

Am 25.01. hat der Kaufhof/Karstadt-Konzern bekanntgegeben, dass die gemeinsame Unternehmenszentrale künftig ihren Sitz in Essen haben wird. Damit werden alle wichtigen Führungs- und Verwaltungsstrukturen beider Häuser demnächst in Essen gebündelt. Diese Entscheidung ist ein schwerer Schlag für den Wirtschaftsstandort Köln, von wo aus die Geschicke von Kaufhof seit über 120 Jahren gelenkt wurden. Derzeit sind in der bisherigen Kaufhof-Zentrale rund 1.600 Mitarbeitende beschäftigt. Für viele dieser Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist die aktuelle Entwicklung mit einem Verlust ihres Arbeitsplatzes verbunden oder sie werden ihrer Tätigkeit künftig im Ruhrgebiet nachgehen müssen. In Köln verbleiben die Lohnbuchhaltung und die Steuerung des Outlet- sowie des Gastronomie- und Lebensmittelgeschäftes. Vorgesehen ist, in Köln ein Kompetenz-Center für Digitalisierung und E-Commerce aufzubauen.

Im Interview mit dem Kölner Stadt-Anzeiger vom 2./3.02.2019 erklärt der Vorsitzende des Gesamtbetriebsrates Peter Zysik auf die Frage nach Unterstützung im Kampf um die Zentrale: „Man hatte den Eindruck, dass unser Stellenwert nicht nur hier in der Stadt, sondern auch bei der Politik im Land nicht besonders hoch ist. Die Stadt Essen hat da offenbar deutlich mehr Gas gegeben.“

Die SPD-Fraktion bittet hierzu um Beantwortung folgender Fragen:

1. In KStA vom 31.12.2018 wird die Oberbürgermeisterin wie folgt zitiert: „ ich habe mit dem neuen Konzernchef Stephan Fanderl Kontakt aufgenommen und ihn auf die Vorzüge des Standorts Köln aufmerksam gemacht.“ Mit welchen konkreten Maßnahmen und Aktivitäten hat sich die Oberbürgermeisterin für eine Ansiedlung der Konzernzentrale in Köln und die damit verbundene Schaffung bzw. den Verbleib von Arbeitsplätzen am Standort eingesetzt? Welche Angebote, Gespräche und weiteres Engagement hat die Oberbürgermeisterin unternommen, um die unbestreitbaren Vorzüge des Standorts in der Entscheidungsfindung um den Sitz der Zentrale zu verdeutlichen und zu bewerben? Gab es hier einen Austausch und Schulterschluss mit IHK und Vertretern von Verdi und DGB? Sind der Stadtspitze die ausschlaggebenden Argumente für die letztendliche Entscheidung bekannt und welche Konsequenzen ergeben sich hieraus für die Standortpolitik und die aktuellen und künftigen Strategien der Wirtschaftsförderung in Köln?
2. Welche Unterstützung wird seitens der Wirtschaftsförderung und der Oberbürgermeisterin geleistet, um den Ausbau der zukunftssträchtigen Online-Sektion des Unternehmens in Köln zu begleiten und zu fördern? Gibt es zu den Planungen zum Aufbau eines Kompetenz-Centers für Digitalisierung und E-Commerce aktuell einen Austausch mit der Unternehmensführung? Wie viele Arbeitsplätze werden im Kontext des Digitalgeschäftes des Kaufhof/Karstadt-Konzern am Standort Köln gesichert bzw. geschaffen?
3. Neben einem massiven Stellenabbau im Umfang von rund 2.600 Vollzeitstellen in Verwaltung und Filialen des Konzerns ist für Beschäftigte von Kaufhof der Ausstieg aus der Tarifbindung angekündigt. Es steht zu befürchten, dass die anstehende Sanierung zu einem erheblichen Teil zulasten der Beschäftigten durch deutliche Einschnitte bei der Bezahlung realisiert werden soll. Wie positioniert sich die Oberbürgermeisterin in dieser Frage und welche Einflussmöglichkeiten wird sie nutzen, um die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in ihrem Kampf um den Erhalt von Arbeitsplätzen zu unterstützen und eine Sanierung von Kaufhof ausschließlich auf dem Rücken der Beschäftigten zu verhindern?

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Barbara Lübbecke
SPD-Fraktionsgeschäftsführerin